

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

243 (20.10.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VON KARLSRUHE UND UMGEBUNG

Anzeigenpreise Die 10gerippte Millimeterzeile (ohne 12 Dienst, Gegenüber-
setzung und Stellungnahme) 2 Pfennig. Die 10gerippte Millimeterzeile
ohne 12 Dienst 1 Pfennig. Bei Wiederholung Rabat nach Tarif, bei Nichtzahlung des
Schlussgeldes, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Kontos außer Kraft tritt 0,50 Pfennig
oder 0,50 Pfennig. Bei geschäftlicher Beteiligung und bei Kontos außer Kraft tritt 0,50 Pfennig
oder 0,50 Pfennig.

Untere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbr
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preispreis monatlich 2,50 Mark o. Ober Juleitung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Einzelverkauf 6 mal wöchentlich
Vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2,50 Mark o. Einzelverkauf und Redaktion: Kar-
lsruhe L. D., Waldstraße 28 o. General 7020 und 7021 o. Volkshaus-Kasse: Durlach, Haupt-
straße 9, D.-Baden, Teichbühlstraße 12, Rastatt, Rastattstraße 2, Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 243

Karlsruhe, Dienstag, den 20. Oktober 1931

51. Jahrgang

Nazi-Balkanstaat Braunschweig

Wie die Landsknechte der Reaktion haufen - Ein Minister, der sofort unter Anklage gestellt werden mußte
Groener redet scharf, wird er auch durchgreifen?

Das Gorden- und Bandentreiben der Hitlergesellschaft am ver-
gangenen Samstag und Sonntag in Braunschweig ist ein solches,
das es für das deutsche Ansehen vor aller Welt aufs tiefste beschä-
mend und schließlich auch schwer schädigend ist, wenn die Reichs-
regierung nicht alle möglichen und geeigneten einschneidenden Maß-
regeln ergreift, die erforderlich sind, um der Wiederkehr solcher
Ereignisse vorzubeugen, die Deutschlands innerpolitische Zustände
etwas so erscheinen lassen, als handele es sich nicht mehr um ein
hoch zivilisiertes Land, sondern um den Balkan oder um
ähnliche Verhältnisse. In keinem anderen großen
Staate der Welt würden und könnten Regierung
und Gesetzgebung mit einer solchen Langmut
und Geduld umzugehen suchen, als
wie es seit geraumer Zeit in Deutschland ge-
schehen ist. Gewiß, die Reichsregierung hat sich schließlich gezwungen
gesehen, Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen zu er-
lassen, aber die Kraft und den Willen, im Sinne
dieser Verordnung gegen Alle und Jeden vorzu-
gehen, und zwar so vorzugehen, daß das doch
möglichste erstrebte Ziel auch erreicht wird, ver-
missen wir bisher bei der Reichsregierung. Aber
nicht nur bei ihr - auch bei vielen Landesregierungen.

Die Polizei erfüllt im allgemeinen durchaus ihre Pflicht; das
muß anerkannt werden. Jedoch hat die Polizei wiederum im all-
gemeinen in deutschen Ländern als Unfriedensfaktor
und Bremsklotz die deutsche Politik zu betragen. Im deut-
schen Strafrechtssystem sind es, dank des Pan-
schismus der Regierungen, zu viele der Elemente ge-
worden, die gegenüber dem staatszerstörenden
Treiben der rechtsradikalen Elemente nicht nur
äußlich vertragen, sondern ihm in geradezu offen-
kundig gewordenen Sympathie gegenüber stehen.
Die Zahl der einfachst andälen Urteile, die allen Augen sichtbare
Beihilfung rechtsradikaler Heberariffe, wächst außerordentlich
und damit die Gefahr für die Ordnung des Staates und für die
Zukunft des ganzen Volkes.

Die rechtsradikalen Staatszerstörer wissen das und nützen die
Situation in der rücksichtslosesten Weise aus. Was haben rechts-
radikale Bombenbrenner, was haben selbst rechtsradikale Verächter
von Leib und Leben politisch Andersdenkender in so vielen Fällen
von deutschen Strafrichtern schon zu erwarten? Milde Ver-
urteilung ihrer Taten. Madame Justitia hat schon längst die
historische Binde abgelegt und sie sieht sorgfältig darnach, wenn sie
urteilen soll, aus welchem Lager der Angeklagte stammt.
Aber auch das Reichsparlament ist an diesen traurigen Tat-
sachen in nicht geringem Maße mitschuldig. Eine Amnestie jagt
jährlings die andere und bei diesem Verhalten gerade des Reichstags
in Amnestiefällen, werden schließlich auch die Strafrichter irre an
ihrem Handeln, die sich auch in politischen Prozessen noch ein acht-
bares Maß von Unparteilichkeit bewahrt haben.

Dazu kommen hunderte von Zeitungen, die das rechtsradikale
Zerföhrungstreiben gegen den heutigen Staat täglich durch Plakate
und Artikel beunruhigen, Schandplakate der rechtsradikalen Verbände
verbreiten oder derart ins Licht zu rücken versuchen, daß diese
Verbände als wahre Unschuldslämmer erscheinen. Zu diesen Wäl-
tern gehört in immer härterem Maße die Badische Presse,
die alle journalistischen Künste aufwendet, wenn sie die Nazis und
jemande staatszerstörende Elemente liebevoll und schüßend behan-
deln kann. Zu der notorischen politischen Cha-
rakterlosigkeit dieses geschäftshaberischen Pa-
piers, dem der kapitalistische Profit das Aller-
wichtigste und alles andere ein Dreck ist, ist nun auch die
offene Unterstützung der Verbände des Hochverrats
Hitler gekommen, die an dem Tage unerhüllte Formen angenom-
men hat, an dem der Reichspräsident, über beraten, mit dem Aus-
sander und Hochverräter Hitler sich über innerdeutsche politische
Frage unterhalten hat.

Was Wunder, daß gestern die Badische Presse der Sagenbergischen
Telegraphen-Union einen phrasenhaft aufgeschulten Festbericht über
das Braunschweiger Nazitreffen entnimmt und ihren Lesern ser-
viert! Und seit auch der jetzige badische Finanzminister in einer,
selbstverständlichs demontierten Rede, wenigstens eine höfliche Ver-
beugung vor den Nazis gemacht hat, ist man im „Tiergarten“ (Ede
Zieler und Kommunisten) noch nazifreundlicher geworden. Nun
braut! Und so sieht sich das geschäftshaberische Papier nicht, die
Käuflichen Zwischenfälle in Braunschweig, die zwei Todesopfer und
mehrere Dutzend Verletzte verursacht haben, einfach den Kommuni-
stischen in die Schuhe zu schieben. Das hat außer dem Tiergarten
weder den Naziorganen und den Organen der Deutschnationalen,
noch noch die famose Telegraphen-Union fertig gebracht. Aber die
Badische Presse tut für die geliebten Nazis noch ein weiteres: sie
läßt sich Funkmeldungen aus Braunschweig geben, die alle Schuld
auf die Kommunisten werfen.

Wie stehen wirklich nicht im Verdacht, irgendwie Sympathien mit
den Kommunisten zu hegen, aber der offenkundige Schwün-
del der Badischen Presse fordert doch zum Protest heraus.

Vielleicht haben aber die Herren Kommunisten für solche ver-
logene Leistungen der politischen Charakterlosigkeit weitgehendes
Verständnis und tolerieren sie. Weiter: Wir wissen, daß be-
stimmte badische Regierungskreise zur Badischen
Presse mindestens sehr freundschaftliche Beziehungen unter-
halten. Und das Unternehmen des Herrn Tiergarten sieht dar-
aus beträchtlichen profanären Nutzen. Soll auch dieser Zu-
stand bestehen bleiben, nachdem in solch unvor-
hüllter Weise dieses Blatt der freiwilligen
Hilfeleistung für die Nazis sich derart demas-
kieren hat? Je nachdem, wird zur baldigst gegebenen Zeit aus-
führlicher darüber zu sprechen sein.

In einer Veröffentlichung in der heutigen Morgenausgabe der
Badischen Presse, die sich mit dem Abonnementspreis beschäftigt,
bringen es Verlag und Redaktion dieses Blattes fertig, die Be-
hauptung aufzustellen, das Tiergarten-Papier sei in „vollkommen
partei-politisch und wirtschaftlich unabhängig“, die dem
Blatt ermöglichte, „unbeeinträchtigt und vorurteilslos“ zu den Tages-
fragen Stellung zu nehmen. Wie un wahr und dreist diese Be-
hauptung ist, haben wir schon an vielen Beispielen und Tatsachen
nachgewiesen. Gilt es der Geschäftshaber, ist diesem Blatt eben
alles recht.

Was hat die Reichsregierung zu tun?

Berlin, 20. Okt. (Funkdienst.) Der Vorwärts schreibt zu
den jüngsten Vorgängen in Braunschweig: Die Reichsregierung
muß sich im klaren darüber sein, was die Braunschweiger Ereignisse
bedeuten; wenn eine Partei, die ganz offen nach dem
Bürgerkrieg ruft, in einer Stadt 30 000 Mann konzentriert,
die dort Terror üben und sich von dort wieder ins Land erziehen,
überall Unruhe und Zusammenstöße hervorruft, so ist dies schon
Provokation genug. Wenn die Partei dabei aber noch Beun-
ruhigung durch eine Landesregierung erfährt, so wird die
Provokation unerträglich. Die Reichsregierung muß die Vorgänge

in Braunschweig auf das ernsteste prüfen und dann ihre Fol-
gen ziehen.

2 Tote und 50 bis 60 Verletzte

Braunschweig, 19. Okt. Bei den Zusammenstößen zwischen
Nationalsozialisten und deren politischen Gegnern anlässlich des
Nazitreffens haben insgesamt 50 bis 60 Beteiligte Verletzungen
erlitten, von denen einige schwerer Natur sind. Zahlreiche Per-
sonen wurden vorübergehend festgenommen, fünf oder sechs von ihnen
werden dem Amtsgericht vorgeführt werden. Ein Arbeiter, der
einen Handschuh erhalten hatte, ist in der vergangenen Nacht im
Krankenhaus gestorben. Damit haben die Zusammenstöße bisher
insgesamt zwei Todesopfer gefordert.

Braunschweigischer Minister- und Staatskandal

Braunschweig, 19. Okt. (Eig. Draht.) Der von den Safenkrenzern
ermordete Arbeiter Enalle, das zweite Todesopfer des Braun-
schweiger Nazitreffens, ist Vater von fünf unverorgerten Kindern.
Die Mehrzahl der Verletzten gehören republikanischen und Arbeiter-
organisationen an, ein Teil, daß die bewaffneten Hitlerhorde
die anders denkende Bevölkerung systematisch überfallen haben.
Das Reichsparlament hat einen Antrag erlassen, in dem Klages
die Schuld für die blutigen Zwischenfälle ausgemessen wird. Klages
habe in öffentlicher Versammlung das Wort gesprochen: „Der marxi-
stische Mord müsse in die Schwärzwinkel zurückgedrängt werden.“
Diese Aufforderung hätten die Nazis als Freibrief aufgefaßt. Der
Polizeiminister und sein Polizeipräsident seien gegenüber den
Hilfsgesuchen am Leben bedrohter Einwohner taub gewesen. Nie-
mand in Braunschweig verleihe, warum der von der Hitlerbande
terrorisierten Bevölkerung vom Reich keine Hilfe wurde.“
An den Hitlerparaden nahmen übrigens mit Safenkrenzern ver-
sehbare Flugzeuge der Bayerischen Verkehrsflugscha-
ftsgesellschaft teil.

Bezugspreisermäßigung für den Volksfreund ab 1. November (Siehe Seite 7)

Einberufung des Landtags gefordert

Braunschweig, 19. Okt. (Eig. Draht.) Die sozialdemokratische
Fraktion des braunschweigischen Landtags hat die Einberufung des
braunschweigischen Parlaments gefordert, um eine Besprechung der
Vorgänge während des Nazitreffens zu erreichen.

Klages schreit nicht einmal vor einer tendenziös gefärbten
amtlichen Berichterstattung auf die Presse zurück. So behauptet er
in einer Auslassung, daß die Zusammenstöße in Braunschweig durch
politisch links gerichtete Elemente verursacht worden seien. Immer-
hin gibt er bereits zu, daß das Straßenspektakel, wenn auch nur
in „geringem Umfang“ aufgebracht worden ist. Jetzt sei die Stadt
von Nationalsozialisten völlig geräumt. Das Straßenspektakel sei das
gewohnte.

In der Braunschweigischen Staatszeitung hat Klages am Mon-
tag behauptet, daß die gemeldeten Zusammenstöße während des
braunschweigischen Nazitreffens nicht den Tatsachen entsprechen, und
die vom Ortsverein Braunschweig der Sozialdemokratischen Par-
tei an den Reichsinnenminister gemeldeten Vorfälle auf den Kopf
gestellt seien. Daraufhin hat der Abgeordnete des braunschweigischen
Landtags, Thielemann, folgendes Telegramm an den Reichsin-
nenminister geschickt:

„Braunschweigische Regierung teilt in Braunschweiger Staats-
zeitung mit, daß es sich bei dem Telegramm über Straßenkämpfe
in Braunschweig um glatte Erfindung handle, die Tatsachen auf
den Kopf stellt. Straßenkämpfe sind von Tausenden beobachtet,
Sachschaden wird festgestellt. Auch amtlicher Polizeibericht gibt
Zertrümmerung zahlreicher Fensterherden zu. Befehlshaber der
Kommandeur der Schutzpolizei antwortete auf meine Feststellung,
daß Polizeikräfte zu schwach seien: „Das kann wohl sein.“ Schrift-
liche Stellungnahme folgt.“

Waffenscheine für Nazibanden

Braunschweig, 19. Okt. (Eig. Draht.) Der Vorsitzende der sozial-
demokratischen Fraktion des braunschweigischen Landtags richtete an

den braunschweigischen Innenminister Klages folgende parlamen-
tarische Anfrage:

„Nach Meldungen auswärtiger Zeitungen sind von der braun-
schweigischen Polizei Waffenscheine für auswärtige Nationalsozia-
listen ausgestellt worden. Insbesondere soll der hannoversche Natio-
nalsozialist und Sturmtruppführer Korfemann in Braunschweig
einen Waffenschein erhalten haben. Wir fragen die Regierung:

1. Ist es wahr, daß Korfemann in Braunschweig einen Waffenschein erhalten hat? Wenn ja, warum?
2. Sollen noch andere auswärtige Nationalsozialisten Waffenscheine erhalten? Wenn ja, wer?“

Neue Gewalttaten

Braunschweig, 20. Okt. (Funkdienst.) Am Montagabend wurde
hier in der Nähe des Amtsgerichts ein Auto, das mit Nazis besetzt
war, von zahlreichen Leuten aus der Altstadt mit Knüppeln und
Steinen bemordet. Die Nazis erwiderten mit mehreren scharfen
Schüssen. Eine Arbeiterin wurde verletzt. Die Polizei nahm meh-
rere Verhaftungen vor.

Echter Nazischwindel

Der Führer, das Lügenblatt der Nazis in Karlsruhe, leitet im
Aufschneiden und Schwindeln das denkbar möglichste. So behauptet
das Blatt, in Braunschweig seien 140 000 Braunbenden aufmar-
schiert. Man stelle sich einmal vor, zu wech räumlich unmöglichen
Verhältnissen es geführt haben würde, wenn sich im Stadtgebiet
Braunschweig zu den nicht ganz 200 000 Einwohnern noch 140 000
Auswärtige gestellt hätten. Wer übrigens nur eine Ahnung davon
hat, was es rein verkehrstechnisch heißen würde, 140 000 Menschen
mit Bahn und Autos im Verlaufe von zwei Tagen von einem
Punkt hin und zurückzubefördern, der weiß auch, daß das Nazi-
blatt frech und bewußt geschwindelt hat. Aber den Nazianbänger
gefällt es, je dider der Schwindel ist. Im übrigen gilt das bei
jüngsten Wahlen in Hamburg entstandene Spottwort:

Mach wie ein warmer Bruder,
Wähl Hitler, dummes Luder!

Heute Kalmann

Parade vor der Schwerindustrie



„Ja, Herr Generaldirektor, so sehen Sozialismus können auch wir Unternehmer freudig unterstützen.“

Politische Wegelagerung der Nazis

Pfungstadt (bei Darmstadt), 19. Okt. Hier kam es am Sonntagabend zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zu einem Zusammenstoß mit einer anschließenden schweren Schlägerei, über die von amtlicher Stelle folgende Darstellung gegeben wird:

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielt in Groß-Gerau eine Veranstaltung ab, an der sich auch Reichsbannerleute aus Pfungstadt beteiligten. Als gegen 8 Uhr abends ein Volkstrauermarsch mit Fahnen, auf dem sich 88 Reichsbannerleute befanden, am Ortsausgang erschien, wo sich circa 250 Nationalsozialisten aus Oberstadt und Darmstadt versammelt hatten, wurden die Reichsbannerleute mit Steinen beworfen, wobei fünf Reichsbannerleute erhebliche Kopfverletzungen davontrugen. Bei der sich nun entwickelnden Schlägerei gab es auf beiden Seiten mehrere Verletzte. Ein Reichsbannermann erhielt einen gefährlichen Messerstich in die linke Bauchseite. Die Landespolizei nahm noch in der Nacht Feststellungen vor.

Pieganitz, 19. Okt. (Eig. Draht). Nazihorden, die aus Braunschweig zurückkehrten, verhängten am Montag beim Morgengrauen einen Anschlag auf die sozialdemokratische Piesinger Volksschauung und einen Anschlag auf das Volkshaus. Vor dem Druckereischwande der Volksschauung brachten sie einen Sprengstoffkörper zur Explosion. Die Detonation des Körpers war weithin hörbar, Schaden wurde jedoch nicht angerichtet.

Im Anschlag auf den Anschlag auf die Volksschauung wollten die Nazis einen Anschlag auf das Volkshaus unternehmen. Als sich ihnen jedoch Reichsbannerleute entgegenstellten, ergriffen die Nazis die Flucht. Mehrere stürzten jedoch in der Dunkelheit, so daß ihnen sofort eine Verhaftung erteilt werden konnte.

Hannover, 19. Okt. Ueber 100 N.A. Leute wurden hier gestern auf der Rückfahrt von Braunschweig wegen Übertretung des Uniformverbotes und wegen Benutzung nicht genehmigter Lastkraftwagen festgenommen. Sie werden dem Schnellrichter vorgeführt werden.

Kommunistische Mordbanden

Berlin, 20. Okt. (Kundendienst.) Am Montagabend gegen 22.30 Uhr zogen etwa 20 Kommunisten in der Schillingstraße in Berlin vor ein nationalsozialistisches Bekleidungslokal und gaben dort mehrere Schüsse ab. Die Angestellten durch die Fenster scheißen und trafen einen 25jährigen Verkäufer, der Mitglied der NSDAP ist. Er brach mit schweren Arm- und Oberkörperverletzungen zusammen.

Der Vorfall spielte sich in wenigen Sekunden ab, so daß die Täter entkamen. Später wurden in einer Seitenstraße der Schillingstraße zwei Personen unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen. und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Reichsminister Groener über seine Aufgaben

Reichsminister Dr. Groener, der das Reichswehrministerium und das Innenministerium leitet, äußerte sich am Montag einem Pressevertreter gegenüber über die Aufgaben seiner beiden Ämter. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Äußerungen mit ihren scharfen Wendungen gegen Terrorakte insbesondere im Hinblick auf die jüngsten blutigen Vorgänge in Braunschweig erfolgen. Reichsminister Groener erklärte:

„Wir müssen im kommenden Winter alle Kräfte anspannen, um den inneren Bestand des Reiches, die Autorität des Staates und die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Existenz so zu festigen, daß das deutsche Volk und mit ihm die Reichsregierung in der Lage ist, in klarer Erkenntnis der Größe der Entscheidung Opfer für eine freie Zukunft zu bringen. Diesem Leitgedanken, dem der Herr Reichsanstalt schon in seiner Reichstagsrede Ausdruck gegeben hat, müssen alle unsere Handlungen untergeordnet werden. Die Bereinigung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in einer Hand ist heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Stärkung und Verdeutlichung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der schweren Aufgaben des Winters brauchen.“

Als Reichswehrminister habe ich darauf gehalten, daß die Wehrmacht als sicherer Hort der staatlichen Ordnung, unbeirrt von den Wandlungen der Tagespolitik ihren Weg geht und schon allein durch ihre Existenz zum Ausdruck der inneren Sicherheit des Staates und der Verfassung wird. In dieser Aufgabe der Wehrmacht ändert sich nichts. Ich lehne es ab, von dieser Linie abzuweichen und etwa die Wehrmacht als eine Polizeitruppe des Reichsinnenministeriums verwenden zu wollen. Ihre vornehmste Aufgabe bleibt, den Staat gegen Angriffe von außen zu schützen und trotz der unsitämlichen Mittel, die uns der Vertrag gelassen hat, der lebendige Ausdruck des Wehrwillens des ganzen Volkes zu sein. Ebenso wie ich als Reichswehrminister jeden Versuch einer Politisierung der Wehrmacht bekämpfe habe, werde ich als Reichsinnenminister darauf achten, daß die personelle Verbindung mit einem Ressort, das vornehmlich politische Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen Linie der Reichswehr nichts verändert.

Je stärker die politischen Schwankungen im Innern werden, je weiter die Spaltung des Volkes in zwei Lager getrieben wird, desto wichtiger ist die Aufgabe der Staatsführung, alle aufbauwilligen Kräfte zur positiven Mitarbeit heranzuziehen. Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Betätigung Schranken gesetzt werden, wenn sie auf den gewalttätigen Umsturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Bolschewismus abzielt. Unsere Ehre erfordert die Bekämpfung von Verbrechen, durch Denunziationen und böswillige Diskreditierung das Ansehen des Deutschen Reiches herabzusetzen und die Bekämpfung einer politischen Kampfweise, die sich in gemeiner Hege und Verunglimpfung der Einrichtungen des Staates und seiner führenden Persönlichkeiten erschöpfen. Das Ansehen des Deutschen Reiches erfordert, daß Terror-

akte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden. Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfall drakonische Ausnahmebestimmungen vom Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.

In diesem Geiste werde ich die zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassenen Verordnungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen sicher zu stellen. Ich hoffe dabei, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Presse, die politischen Parteien und Verbände durch die Achtung dieser Grenzen im politischen Kampf unter der sachlichen Ziele, die Existenz und die Freiheit des Deutschen Reiches stellen und damit dem verfassungsmäßigen Recht der freien Meinungsäußerung keine Bedeutung wiedergeben. Dann wird es auch möglich sein, die Fülle der einengenden Bestimmungen abzubauen und die Grenzen politischer Betätigungsmöglichkeiten klarer zu gestalten. Ich erwarte davon eine größere Rechtschaffenheit aller beteiligten Kreise und nicht zuletzt eine Freimachung der politischen Organe für ihre eigentlichen Aufgaben. Es muß eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen selbst Disziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern. Dann kann sich die Polizei darauf beschränken, gegenüber Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorzugehen. Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt eingegriffen werden muß, sie auch mit aller Härte durchgreift. Die Polizeibeamten in ihrem schweren anopferungsvollen Dienst gegen Widerstände und Terrorakte zu schützen, betrachte ich als die Pflicht des Staates, zu deren Erfüllung die schärfsten Maßnahmen getroffen werden müssen.

Je mehr wir einen furchtlosen Kampf im Innern vermeiden, desto mehr können wir die Kräfte einsehen zur Überwindung der Not durch positive Maßnahmen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die uns neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung der Winter stellt, sehe ich in der Vindierung der leiblichen und seelischen Not der jugendlichen Erwerbslosen. Die organisierten Maßnahmen und die Geldmittel für diese Aufgabe sind zu gering, um von staatswegen allein wirksame Maßnahmen schaffen zu können. Allen Verbänden und Gruppen, die Jugendliche in ihren Reihen haben, erwünscht die Aufgabe, in dieser Frage positive Mitarbeit zu leisten. Es wird die vornehmste Aufgabe des Reichsinnenministers sein, alle Bemühungen und Verusche, die gemacht werden, um die Jugend von der Straße wegzubringen, sie zu Zucht und Ordnung zu erziehen, sie körperlich zu erkräften und in ihrer geistigen Haltung wehrhaft zu machen, lohnend als möglich zu unterstützen. Die in meiner Hand vereinigten Machtmittel des Staates sind stark genug, um der Betätigung der aufbauwilligen Kräfte im Volke weiten Spielraum zu lassen. Die Jugend braucht Ideale. Sie soll die Freiheit haben, für sie zu leben, wenn sie nicht gegen den Staat gerichtet sind, sondern auf Deutschlands Zukunft.

So gehen die Verleumder der Republik aus

Einmal vorbestrafter Betrüger macht Nazi-Propaganda
Vom erweiterten Schöffengericht in Köln wurde der 43jährige Nazimann Friedrich Baug wegen Verleumdung des preussischen Innenministers Severing zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Baug hatte am 31. Oktober 1930 in einer Wirtshaus in Nordhauken in Gesellschaft mehrerer Nazis von dem „Schlosser Severing, dem Raubmörder“ gesprochen, der „wieder Minister geworden ist“. Baug ist bereits sechsmal vorbestraft und wird zur Zeit von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht. Neben in Berlin wird er sich demnächst wegen fünf Betrugsereignisse verantworten haben.

Rechtsradikaler Pfarrer behauptet das Gegenteil der Wahrheit

Wegen Verleumdung des Ministerpräsidenten Braun fanden der verurteilte Redakteur der Deutschen Zeitung, Kolbe, und der Pfarrer Robert vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Die Deutsche Zeitung brachte am 11. Januar 1931 einen Artikel, dessen Verfasser Robert war und in welchem es am Schluss hieß: „Es ist es wahr, daß Otto Braun geäußert habe, er sei mit dem russischen Bolschewismus arundständig einverstanden?“ Zeugen beauftragten, der Ministerpräsident habe sich ganz gegenteilig geäußert. Auf die Verleumdungsbeschwerden des Vorwunders gab Pfarrer Robert die Erklärung ab, er habe sich davon überzeugt, daß die von ihm verbreitete Nachricht falsch sei; er bedauere, eine die Ehre des preussischen Ministerpräsidenten verletzende, in gutem Glauben aufgestellte Behauptung verbreitet zu haben und nehme sie zurück.

Explosionskatastrophe

Grubenkatastrophe in Herne

9 Tote, 27 Verletzte

Herne, 19. Okt. Auf der Zeche Mont Ceis in Solingen hat sich heute früh ein Grubenunglück ereignet. Alle Werke der Nachbarschaft wurden in Hilfe gerufen. Um 9.30 Uhr hatten bereits vier Wagen des roten Kreuzes Verletzte oder Tote aus dem Bergengrund mitgebracht.

Es handelt sich um eine Schlaumettorexplosion. Die Zechenverwaltung hat alle Rettungsaktionen des Ruhrbergbaues angeordnet. Ueber die Größe des Unfalls konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Herne, 19. Okt. Um 11.30 Uhr bringen aus dem Unglücksort Mont Ceis ausfahrende Rettungsmannschaften die Nachricht, daß das ganze Revier befallen sei und mit weiteren Opfern nicht mehr zu rechnen sei. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt neun Tote und 27 Verletzte.

Konferenz für sozialen Fortschritt

Die skandalöse Haltung der deutschen Rechtspresse wird kritisiert

Paris, 19. Okt. (Eig. Draht.) In Paris wurde am Montag der 4. Kongress der internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt, deren Vorsitzender der Präsident des österreichischen Nationalrats, Renner, ist, eröffnet. Die deutsche Landesgruppe ist durch zahlreiche Abordnungen vertreten, die unter der Führung des Geheimrats v. Kofitz stehen. Ihr gehören auch zwei Gewerkschafter an Koffaer vom Gewerkschaftsbund der Angestellten und Spliet vom ADGB.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, wandte sich darauf scharf gegen das bisherige Wirtschaftsregime und gegen die deutsche Rechtspresse, die die Krise in Deutschland und die Lohnkürzungen und die Arbeitslosenvermehrung zurückführe. Der Arbeiter habe einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und eine menschewürdige Existenz. Trotz der schweren Krise dürfe die Arbeit auf sozialem Gebiet nicht eingeschränkt werden. Die Aufgabe der internationalen Vereinigung sei es, der öffentlichen Meinung als Führerin zu dienen. Notwendig sei eine inter-

Der Kindersterben-Prozeß in Lübeck

Ueberraschende Aussage Professor Deides

Lübeck, 19. Okt. In der heutigen Verhandlung des Tuberkulose-Prozesses kam es zu einer überraschenden Aussage Professor Dr. Deides. Dr. Deides erhob sich, um u. a. folgendes auszusagen: Ich möchte aufstehen, weil ich etwas sehr Ernstes zu sagen habe. Demals, bei der Einführung des Galmeteerfahrens in Lübeck, war ich der festesten Ueberzeugung, daß das Galmeteerfahren nicht nur unschädlich, sondern daß es nützlich war. Ich besahe offen und frei, daß das ein wissenschaftlicher Irrtum gewesen ist und zwar ein wissenschaftlicher Irrtum, der sich mir aufgedrängt hat durch das, was nach der Fütterung in Lübeck gefärrt worden ist, was ich aufgrund anderthalbjähriger Studien festgestellt habe. Wenn man mich wegen dieses wissenschaftlichen Irrtums strafrechtlich belangen kann, so soll man mich verurteilen. Ich schreie keine Verurteilung. Für das, was ich getan habe, stehe ich ein. Ich habe mich seit Jahren bemüht, den armen Menschen und besonders den Tuberkulosekranken zu helfen und deshalb bin ich tief erschüttert, daß gerade ich dieses Unheil herbeigeführt habe. Wenn das Gericht dazu kommt, meinen Irrtum als Grund für meine Verurteilung zu halten, so bitte ich, mich allein schuldig zu sprechen, aber nicht die anderen Angeklagten. Ich stehe allein für meinen wissenschaftlichen Irrtum ein.

Zusammenstoß im Sklarek-Prozeß

Berlin, 19. Okt. Im Fortgang der Verhandlung des Sklarek-Prozesses kam es heute zu Zusammenstößen zwischen den Brüdern Sklarek auf der einen, dem Stadtbauinspektor Hoffmann und seinem Verteidiger auf der anderen Seite. Hoffmann suchte die Behauptungen Sklareks über den Verkehr der beiden zu entkräften und erzählte, er sei mit seiner Familie in Binnowitz gewesen und habe Leo Sklarek gebeten, ihm dort einen Besuch zu machen.

Er selber sei, von den Sklareks eingeladen, nach Binnowitz gefahren und habe dem Sohnchen Sklarek ein kleines Gefährt für 8.50 M. mitgenommen. Leo Sklarek wandte sich gegen diese Darstellung und sagte, Hoffmann veruche sich als Jungfrau von Orleans aufzuspielen. Hoffmann habe veranlaßt, daß Sklarek mit dem Obermagistrat Clemens Blutsbrüderhaft trank.

Wie sich in der weiteren Verhandlung herausstellte, ist dem verstorbenen Direktor Rieburg außer den bereits bekannten etwa 700 000 M. auf Veranstaltung der Stadtrats-Schänkung noch ein weiterer Betrag von 400 M. zur Auslieferung eines Defizits zur Verfügung gestellt worden. Wie Staatsanwalt Weisberg hierzu feststellte, hat Rieburg seiner Frau ein ansehnliches Vermögen hinterlassen.

Profijagd als Grund des Ozeanflugs

Hamburg, 19. Okt. (Eig. Draht.) Die Flieger Johannsen und Kado, die dieser Tage nach einem mißglückten Ozeanflug nach Hamburg zurückkehrten, fanden sich wenige Tage später als bittende Freunde vor Gericht gegenüber.

Als Johannsen und Kado kaum gerettet waren, verlangte der Führer des Flugzeuges, Johannsen, wie heretisch gemeldet, vom Finanzier des Flugzeuges Kado, als Honorar für die Führung 5000 Mark. Kado lehnte die Zahlung ab.

Am Montag wurde nun vom Amtsgericht Hamburg entschieden, daß Johannsen die Hälfte von dem gemeinamen Einkommen des Flugzeuges — 2000 Mark — auszubezahlt werden müssen. In der Begründung des Urteils heißt es, daß

der Flug lediglich in der Absicht unternommen wurde, Geld zu verdienen, und daß man bei Kado mit einer ausgesprochenen Abenteurernatur zu tun habe.

Neuregelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen

Berlin, 19. Okt. Vom 14. bis 17. Oktober verhandelten die Spitzenverbände der Ärzte und Krankenkassen im Reichsarbeitsministerium über die Neuregelung des tarifmäßigen Zusatzes. Es wurden Grundzüge hierzu aufgestellt. Die Verbände haben sich eine Erörterungsfrist bis 7. November vorbehalten.

Der Besuch Grandis in Berlin

Der geplante Besuch des italienischen Außenministers Grandis in Berlin wird, wie wir erfahren, am 25. und 26. Oktober erfolgen.

Die Arbeitslosigkeit

Nach den Ermittlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt sich Ende September bei 3 796 052 Mitgliedern, über die berichtet wurde, die Zahl der Arbeitslosen auf 1 849 423 und die der Kurzarbeiter auf 821 464 oder in Prozenten der Mitgliedschaft auf 35,5 bzw. 21,5 Prozent. In der Saisongruppe waren von 691 436 Mitgliedern 68,4 Prozent arbeitslos und 1,9 Prozent Kurzarbeiter, während sich der Arbeitslosenprozentsatz in der Kurzarbeitergruppe bei 3 104 616 Mitgliedern auf 28,7 Prozent und der Kurzarbeiter auf 26 Prozent belief. Ende September 1930 wurden bei 4 151 529 Mitgliedern 945 549 Arbeitslose und 601 451 Kurzarbeiter gezählt.

Albert Thomas gegen Unternehmer-vorstoße

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist, wie schon berichtet, in Genf zu seiner Herbsttagung zusammengetreten. Der bisherige Verlauf brachte bereits bemerkenswerte Beschüsse und Auseinandersetzungen. Von Unternehmensseite ist im Verwaltungsrat ein Vorstoß gegen die internationale Sozialpolitik unternommen worden. Die Unternehmer verlangen, daß jetzt infolge der Krise die Arbeit auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik abgestoppt werde.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wies das Ansehen der Unternehmer energisch zurück. Er fragte die Unternehmer, wie sie sich denn eigentlich das Ansehen vorstellten. Zunächst verpflichtete der Friedensvertrag zur Weiterführung der internationalen Sozialpolitik und dann sei doch gerade jetzt in der Krise Sozialpolitik notwendig. Sozialpolitik sei doch nicht eine Art sozialer Luxus, sondern eine soziale Notwendigkeit. Die infolge der Krise entstandenen wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern erforderten gezielte internationale Anpassung und Ausgleichung der Arbeitsbedingungen, um die drohenden Gefahren unverschiebbarer internationaler Schmutzfunktionen einzudämmen.

Freistaat Baden

Aus der Deutschen Volkspartei

Parteileitung, Fraktion und Bezirksführer der Deutschen Volkspartei Badens traten in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden, Rechtsanwalt Steinke, M. d. L., zu einer Besprechung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. In der Sitzung nahm auch Finanzminister Dr. Mattes teil. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgender Entschließung einstimmig niedergelegt:

„Das von der Mehrheit der Reichstagsfraktion ausgesprochene Misstrauensvotum gegen das Kabinett Brüning findet nicht die Zustimmung der Parteileitung, Fraktion und Bezirksführer des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei. Die Stellungnahme der Abg. Kahl, von Karborff, Kalle, Glasel und Thiel wird gebilligt.“

Eckert

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Das Leben ist ein Seil, getnüpft zwischen Religion und Gottlosigkeit, ein Seil über einem Abgrund. (frei nach Nietzsche).

Der religiöse Sozialist Eckert, Pfarrer a. D., ist zur Kommunistischen Partei Deutschlands übergetreten. Ein Prediger des Reich Gottes ist in das Reich der Gottlosen eingegangen. So etwas war schon lange nicht mehr da. Einer hat es gemacht, das hohe Seil zwischen Religion und Atheismus zu betreten. Wird er allmählich über den Abgrund hinwegkommen?

Wie heißt es im ersten Brief des Johannes, 1. Kap. Vers 7? „So wir aber im Licht wandeln, wie Er im Licht ist, so haben wir Gemeinschaft untereinander und das Blut Jesu Christi, seines Sohnes, macht uns rein von aller Sünde.“ In dies Wort des neuen Testaments wird Pfarrer Eckert gedacht haben, als er als waderer Streiter für den Sozialismus das enge Haus des konservativen Christentums verließ und ein weiteres Feld jenen praktischen Christentums suchte. Er hat mit scharfer Sprache die Kirche der Spießer an den Pranger gestellt. Mit feurigen Worten verstand er es vom wahren Glauben an das Evangelium zu reden. Die durchschnittliche Zufriedenheit der Kirche mit den kapitalistischen Zuständen wurden manchmal grausam gezeilt und solch tapferes Eintreten für echtes Christentum löste viel Begeisterung unter jenen aus, die schon lange nach solchen Worten eines furchtlosen Kämpfers dürsteten. Eine hieraus wachsende Kämpferschar, die sich die schwere Aufgabe gestellt hatte, innerhalb der Kirche für den Sozialismus, der nach ihrem Glauben wahres Christentum bedeutet, zu kämpfen, konnte auch von den außerhalb der Kirche stehenden toleriert werden. Da die Sozialdemokratie im Gegensatz zur SPD, oder besser gesagt im Gegensatz zu den Volksgewissen, die Religion als Privatsache erklärte, lehnten sich die religiösen Sozialisten an die Sozialdemokratie an. Diese Entwicklung entsprach der Logik.

Die Propaganda gegen die Religion durchdringt dagegen das ganze Erziehungs- und Schulwesen, insofern die Schulbildung wie die Bildungsarbeit unter Erwachsenen. Weil die Religion in der Jugend geistig erfaßt und mit den sterbenden Mächten verbunden war, wird sie vom jungen Volk abgelehnt und durch eine neue ersetzt, dem Glauben an die Macht der Organisation, Technik, Zahl. Hier haben sich die religiösen Sozialisten keinen Raum. Da ist der Begriff Gott gestorben und deshalb wird Pfarrer Eckert in der Jugend seinen Gott begraben müssen. Nur wenn er seine religiösen Anschauungen fallen läßt, wird er sich auf dem Seil halten können. Dies hat man ihm seitens der SPD, auch schon ungewollt auseinandergesetzt. „Wohl dem, der nicht wandelt im Rat der Gottlosen...“ wird man da eines Tages beten. Andere werden sagen: „Mit Sinnen, Weinen und Lachen und Brummen lobte er Gott, der sein Gott war. Doch was brachte er uns an Geselzen?“

Beginn der Arbeiten der Kanalkanalisation

Mit den Arbeiten zur Kanalisation der Rensch wurde nunmehr begonnen. Es handelt sich dabei zunächst um das etwa 4,5 Kilometer lange, noch nicht angebaute Stück des Weimales bei Rensch (am Rensch), das alljährlich mehrfach unter großen Ueberflutungen zu leiden hat. Das gesamte Meliorationsgebiet umfaßt nunmehr etwa 1000 Hektar. Die Kosten für die gesamten, 12 000 Tagewerke umfassenden, als Renscharbeiten durchzuführenden Arbeiten werden mit rund 100 000 RM. festgesetzt, von denen 55 000 RM. aus Reichsmitteln (Weihfonds), 36 000 RM. aus Mitteln der Reichsarbeitslosenversicherung (Landesarbeitsamt Stuttgart) und 14 000 RM. aus Mitteln des Landes Baden (verstärkter Förderungsschub im Darlehenswege) aufgebracht werden. Diese Arbeiten verlaufen etwa 120 Arbeitstagen, die Dauer von 4 bis 5 Monaten löhnen den Verdienst; es werden dabei bis zu 50 Prozent Kräfteunterstützte und 30 Proz. Woblhabigerwerbende beschäftigt werden.

Volkswirtschaft Der Polyp ergreift Amerika

Wachsende Exportschwierigkeiten in USA.

Amerika ist nicht nur in einer Dollarkrise, sondern das reichste Land der Welt hat auch mit starken Exportschwierigkeiten zu tun. Der Reichtum Nordamerikas konnte das Land nicht vor den Auswirkungen der Weltkrise beschützen.

In den letzten Monaten ist die amerikanische Ausfuhr so stark zurückgegangen, daß der Stand des letzten Vorjahres erreicht wurde. Während im Jahre 1931 im Monatsdurchschnitt für 204 Millionen Dollar Waren aus den Vereinigten Staaten ausgeführt wurden, waren es im April 1932 nur noch 120 Millionen und im Juni sogar nur noch 183 Millionen Dollar. Verglichen mit dem schon stark von der Krise beeinflussten zweiten Viertel des Jahres 1930 war der Wert der amerikanischen Ausfuhr im zweiten Vierteljahr 1931 um über 36 Prozent niedriger. Ebenfalls ist auch die Einfuhr der Vereinigten Staaten stark zusammengedrückt, wenn auch hier die Ziffern gegenwärtig noch über den Vorjahresstand liegen. Der Rückgang des Außenhandels hat bei den Vereinigten Staaten einen höheren Grad erreicht als bei den meisten übrigen Industrieländern, weil die amerikanischen Waren in der Hauptsache nach einer Reihe überseeischer Märkte gehen, die von der internationalen Rohstoff- und Agrarkrise in besonderem Maße betroffen sind.

Bei fast allen wichtigen Warengruppen macht sich der Ausfuhrückgang in schärferer Weise bemerkbar. Besonders stark ist die Ausfuhrückgang bei Baumwoll- und Eisen- und Stahlerezeugnissen.

Diskonterhöhung in Amerika

Washington, 19. Okt. Die Federal-Reservebank von Richmond hat den Diskont auf 4 Prozent erhöht.

Wollt ihr das noch einmal?



Das Muster für Eugenberg's Binnenmark

Die erkrankten Gargburger leugnen jetzt ihre Inflationpläne. Vor wenigen Tagen erst hat Eugenberg in einer Programmrede im Berliner Sportpalast erklärt:

„Aber es gibt einen anderen Weg, der unser Volk aus dem Elend herausführen kann. Nur die nationale Opposition kann ihn weisen und gehen. Kurz könnte man ihn mit dem Worte bezeichnen: Zurück zur Gelderwerbungs-Marke! Zurück zu einem inneren Umlaufmittel, das unserer

Wirtschaft eine unabhängige Grundlage der Entwicklung gibt.“

Die Schaffung eines Binnengeldes, für die sich Eugenberg einsetzt, bedeutet die Zerstörung der Währung. Binnenmark ist nur ein anderes Wort für Inflationsgeld. Binnenmark ist mörderisches Gift fürs Volk.

Eugenbergs Binnenmark ist daselbe wie der oben abgebildete, uns allen wohlbekannte Schein! Wer will das noch einmal?

Pflichtvergessene Parlamentarier

Skandalöses, pflichtwidriges Verhalten deutschnationaler und nationalsozialistischer Abgeordneter

Kriegsopfer, merkt euch diese Parteien!

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstags hielt am 15. Oktober eine Sitzung ab, die sich mit Eingaben von Kriegsbeschädigten, Kriegserwitwen und Kriegserkrankten beschäftigte.

Der Vorsitzende, Abg. Mumm (Chr.-Soz. Volkswirtschaft) machte die lenkenden Mitteilungen, daß zahlreiche Petitionen von hilfesuchenden Kriegsopfern, die er den Mitgliedern der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktionen zugeleitet habe, von diesen Herren unerledigt an das Büro des Reichstags zurückgegeben worden seien. Er sei deshalb zu seinem lebhaften Bedauern geneigt, diejenigen Mitglieder des Ausschusses, die sich ihrer parlamentarischen Pflicht nicht entzogen, in erheblicher ardem Umfang als zu normalen Zeiten mit der Bearbeitung der Eingaben zu betrauen.

Im Laufe der Sitzung kam der Abg. Schmidt (Chr.-Soz. Volkswirtschaft) auf die Erklärung des Vorsitzenden zurück und teilte mit, daß in seinem Wahlkreis nationalsozialistische Agitatoren mit der Behauptung aufgetreten seien, daß die gegen ihre Abgeordneten erhobenen Beschuldigungen, sie entzogen sich selbst der Arbeit für die Kriegsopfer, nicht richtig seien, denn sie arbeiten in diesen Fragen im Parlament mit. Er bitte daher den Vorsitzenden um eine kurze Darstellung des wahren Sachverhalts und um Schritte beim Präsidenten, damit dieser die Abgeordneten an ihre Pflicht erinnere.

Vorsitzender Abg. Mumm teilte mit, daß er sich schriftlich und mündlich wiederholt Mühe gegeben habe, die deutschnationalen und nationalsozialistischen Mitglieder des Reichstags an die Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber den Kriegsopfern zu erinnern, ohne Rücksicht auf die politischen Erwägungen, die für ihr sonstiges Verhalten maßgebend seien, bei den Kriegsopferfragen handelt es sich um Dinge, bei denen die parteipolitischen Differenzen nicht im Vordergrund stehen und von den Mitgliedern des Hauses im Interesse der Sache der Kriegsopfer vielfach auch zurückgestellt worden seien. Er habe leider mit seinen Bemühungen keinen Erfolg gehabt.

Nachdem durch die Ueberweisung von Petitionen an Mitglieder der genannten Fraktionen nur die Gefahr bestünde, daß die Erledigung zum Nachteil der Kriegsopfer verzögert werde, nehme er sich auf weiteres davon Abstand, eine weitere Petition zur Bearbeitung zu überweisen.

Abg. Rohmann (Soz.) bezeichnet es als ein Musterbeispiel von Heuchelei, wenn der Abg. Oberfahren (DN), als einer der Führer der nationalen Opposition, im Plenum des Reichstags große Töne zugunsten der Angehörigen von ihm behauerten Kriegsopfern redet, während seine Parteifreunde und die nationalsozialistischen Bundesgenossen der Deutschnationalen sich im Kriegsbeschädigtenausschuß der praktischen Hilfe für die Opfer des Krieges entziehen.

Auf Vorschlag des Abg. Rohmann erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, daß der Vorsitzende Vorkehrungen trifft, damit noch im Laufe des Herbstes die mit der Notverordnung zusammenhängenden Kriegsopferfragen im Ausschuß einer Erörterung unterzogen werden. Inzwischen sind die im Plenum des Reichstags vorliegenden Anträge dem Kriegsbeschädigtenausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen worden.

Sozialdemokratie gegen den Pensionskandal

Reizteste Volkstreife betrachten die Kürzung der hohen Pensionen und Gehälter, die die Reichsregierung in der letzten Notverordnung vorgenommen hat, als unzulässig. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb eine wirksame Verschärfung der völlig unzureichenden Vorschriften der Notverordnung beantragt und zwar 1. Kürzung sämtlicher Pensionen auf höchstens 12 000 Mark und 2. Anrechnung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4000 Mark auf die Pensionen, wobei die Pension um 50 Prozent des überschüssigen Betrages gekürzt wird. Damit werden die Doppelverdiener unter den Großpensionären empfindlich getroffen, während gleichzeitig die kleinen Pensionen gesichert werden.

Da alle Anträge auf Abänderung der Notverordnung dem Haushaltsausschuß des Reichstags überwiesen und nicht in direkter Abstimmung erledigt wurden, hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstags ersucht, die Anträge auf Pensionskürzung und den dazu gehörenden seit langer Zeit vorliegenden Gesetzentwurf der Reichsregierung als ersten Punkt für eine baldigst stattfindende Sitzung des Haushaltsausschusses in Aussicht zu nehmen.

Aus aller Welt

„Zeppelin“ in Südamerika gelandet
Buenos Aires, 20. Okt. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist hier gelandet.

Wieder Bankrott in Frankreich
Paris, 19. Okt. Blättermeldungen zufolge schloß am Samstag das Bankhaus Courvoisier vorläufig die Schalter. Die Bank verlor über ein Kapital von 35 Millionen französische Franken. Die Schalteröffnung soll auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sein, deren Ursache in der gegenwärtigen Wirtschaftslage liegt.

Der Prozeß gegen Major a. D. Karl Strecker
Cottbus, 19. Okt. Im großen Schwurgerichtssaal des hiesigen Landgerichts begann heute die Verhandlung gegen den Schriftsteller Karl Strecker, der der vorläufigen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug angeklagt ist. Strecker hatte, wie erinnertlich, verjücht, in der Nacht zum 27. August eine von ihm gemietete Villa in Klein-Machnow in Brand zu setzen, um durch die Zahlung der Feuerversichererung aus seiner verschuldeten Lage herauszukommen. Der Brand wurde indessen rechtzeitig entdeckt, so daß er gelöscht werden konnte, ohne allmählicher Schäden entstanden war. Strecker wurde in Weimar verhaftet.

Die Verhandlung hatte ein großes Publikum in den Gerichtssaal gelockt, insbesondere war auch die Presse stark vertreten. Als Zeu-

mundungen sind von der Verteilung auch die Schriftsteller Rudolf Prescher und Karl Rosner zur Stelle gebracht worden.

Nach einhelliger Beratung verurteilte das Schwurgericht Potsdam den Angeklagten Strecker wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug zu einem Jahr Zuchthaus. Die Unterjuchunshaft wurde voll angedreht. Der Haftbefehl gegen ihn wurde aufgehoben.

Gasexplosion in Paris

Paris, 19. Okt. In unmittelbarer Nähe des Eiffelturms, wo Arbeiter mit der Ausbesserung von Gasleitungen beschäftigt waren, ereignete sich heute nachmittags eine Gasexplosion, bei der durch eine 50 Meter hohe Stichtamme eine Straßenscheitelle zerstört wurde. Der Gasdruck konnte sich reiten. Wie davon meldet, sollen sämtliche Gasrohre in einem Umkreis von 100 Meter zerstört worden sein. Davon berichtet auch, daß mehrere Gasarbeiter schwere Brandwunden erlitten haben. Das Abendblatt Soir spricht sogar von mehreren Toten; doch hat diese Nachricht bis jetzt noch keine Bestätigung gefunden.

Noch ein Verbrechen Matsushita?

CNN Budapest, 19. Okt. Die Polizei hat im Falle Matsushita neue Ermittlungen eingeleitet, um festzustellen, ob die Explosion in den Pulvermagazinen auf der Insel Csepel im Jahre 1926, deren Urheber damals nicht ermittelt werden konnte, nicht ebenfalls ein Werk Matsushitas ist.

Im Kampf um Aufklärung und Freiheit

An unsere Leser!

Bereits im September haben wir uns an unsere Leser gewandt und mit deren Zustimmung festgestellt, daß es unsere nächste und wichtigste Aufgabe ist, die **Verbreitung der Arbeiterpresse** und die des **Volksfreund** zu sichern, als wichtigstes Fundament für den Kampf der Arbeiterklasse gegen alle Feinde des Volkes. Dieser Grundsatz gilt heute mehr denn je, nachdem es die Reaktion inzwischen mit aller Deutlichkeit und öffentlich bekundet hat, worauf es ihr ankommt: **Zerschlagung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung!**



lung für den Volksfreund geschaffen. Die bisher den **Arbeitslosen gewährten Vergünstigungen** halten wir aufrecht, wobei gerade diese Opfer von uns mit Rücksicht auf die weitere Verschlechterung des Einkommens besonders in unserem Leserkreis getragen werden und **nur im Interesse eines erfolgreichen Befreiungskampfes** der Arbeiterschaft getragen werden können.

Diese Opfer berechtigen uns auch zu der Erwartung, daß unsere Genossen und Leser sich in eben demselben Maße für den

Wo bleibt der zweite Mann?

Wir waren also durchaus im Recht, als wir feststellten, daß der Wert und die **Bedeutung der Arbeiterpresse** sich in diesen Monaten in ganz außerordentlicher Weise erhöhen wird, wozu der Volksfreund ebenso sehr durch seinen **Kampf für die Arbeiterklasse** wie durch sein **aktuelles Nachrichtenmaterial** beiträgt, ohne daß er deshalb den **unterhaltenen Teil** der Zeitung zurückstehen läßt.

Die Entscheidungen des Reichstages, die durch die Verantwortlichkeit der SPD. den **gegnerischen Ansturm** erfolgreich abwehrten, beweisen mit aller Deutlichkeit, welche große Verantwortung jeder einzelne **Klassengenosse** gegenüber sich und seiner Klasse in dieser Hinsicht trägt!

Mit der am **1. November** eintretenden **Bezugspreisermäßigung** ist ein weiterer Grund für eine **erfolgreiche Ver-**

BEZUGSPREIS-ERMÄSSIGUNG

von Mk. 2.50 auf 2.20

Erwerbslose 1.50

Wo bleibt der zweite Leser?

Volksfreund und die Verbreitung der **sozialistischen Presse** einsehen, wie es der Volksfreund als aufrichtige Vertretung des Volkes und dessen Interessen auch unter den schwierigsten Umständen zu tun pflegt, während gerade die **bürgerliche Presse** in vielen Fällen sich zum Sprachrohr **volksfeindlicher Bestrebungen** hergibt.

Es kann sich **nicht darum handeln**, den Lockruf der „Billigkeit“ und „Neutralität“ Folge zu leisten, sondern für das **arbeitende Volk** handelt es sich darum, der **Aufklärung** und dem **Fortschritt** Eingang zu verschaffen und das geschieht nur durch **unsere Presse, den Volksfreund.**

Unsere Gegner gehen aufs Ganze! **Wir** schließen uns der Parole der Partei an: **Wo bleibt der zweite Mann** und fragen: **Wo bleibt der zweite Leser!**

Bestellzettel

An den Verlag des Volksfreund, Karlsruhe, Waldstr. 28
Tel. 7020/21

Ich bestelle hiermit den

Volksfreund

zum Preise von 2.20 RM. monatlich frei Haus

Name

Ort

..... Straße Nr.

Falls keine eigene Wohnung, bei

Dieser Zettel kann auch jedem Filialeiter oder der Zeitungsträgerin des Volksfreund übergeben werden.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

20. Oktober.

1901 Schweizer Sozialist Karl Bürkli. — 1922 Fedenbachurteil München. — 1923 Gründung der Rentenbank. — 1924 Auflösung des Reichstags. — 1926 Amerikanischer Sozialist E. Viktor Debs. — 1926 Seidel wird österreichischer Bundespräsident. — 1928 Sunenberg wird Vorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei.

Das Geld muß rollen!

Nur ein Teil der Abhebungen von Spareinlagen in den letzten Monaten ist durch die wirtschaftliche Krisenlage verursacht; beträchtliche Abhebungen sind ohne wirklichen Bedürfnis erfolgt. Die Verminderung der Einzahlungen vor allem ist nicht allein eine Folge der Arbeitslosigkeit und Einkommensverminderung, sondern hauptsächlich einer unbegründeten Psychose. Das Überwiegen der Abhebungen über die Einzahlungen ist unerfreulich, weil es die wirtschaftlichen Verhältnisse unnötig erschwert. Hält diese Entwicklung an, so werden die Sparpläne zu einer Zurückziehung eines Teils der von ihnen gewährten Kredite gezwungen, wodurch gerade die breiten Schichten des wirtschaftlichen Klein- und Mittelstandes betroffen würden. Die Unterstützung durch die Reichsbank kann naturgemäß nur vorübergehend sein.

Die Sparpläne haben die Zahlungskrisis des Juli nicht verschuldet, die Sicherheit ihrer Einlagen ist völlig gewährleistet. Gerüchte von einer teilweisen Beschlagnahme von Spareinlagen sind natürlich reiner Unfuss. Noch immer wird auch Umrunder in mancher Sparerkreise hineingetragen durch Inflationsfurcht. Die tatsächlichen Verhältnisse beweisen demgegenüber nicht einen Geldüberfluß, sondern eher einen Geldmangel; außerdem ist von den verantwortlichen Stellen in Politik und Wirtschaft wiederholt klar und energisch jede, auch die kleinste Inflationsangebot abgelehnt worden. Wie stabil die deutsche Mark ist, zeigt übrigens die Tatsache, daß sie seit der Stabilisierung durch alle Krisen hindurch, auch die letzte, feste geblieben ist — im Gegensatz zu wichtigen, früher nie angegriffenen ausländischen Währungen.

Zu einem guten Teil hängt das Schicksal der deutschen Wirtschaft von der Einsicht und Vernunft der Sparrer selbst ab, davon, ob sie durch unnötige Abhebungen und zurückgehaltene Einzahlungen den gesunden Kreislauf des Geldes in der Wirtschaft stören und so Not und Arbeitslosigkeit vergrößern wollen, oder ob sie wieder in der alten normalen Weise ihr verfügbares Geld einzahlen und nur bei wirtschaftlichem Bedarf abgeben. Angst und Panik sind noch nie gute Lehrentwickler gewesen. Steigen die Einzahlungen wieder über die Auszahlungen — in vielen Gegenden ist das erfreulicherweise bereits wieder Normalzustand —, so ist jegliche Gefährdung des Zahlungsverkehrs bei den Geldinstituten ausgeschlossen und der entscheidende Schritt im Kampf gegen die Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit getan.

Die öffentliche Wettervorhersage im Dienste des Winterportes

Anlaßlich der Landesausstellung des Badischen Verkehrsverbandes in Baden-Baden fand eine Sonderbesprechung zwischen Vertretern des Badischen Verkehrsverbandes und den beteiligten Stellen des Südb. Rundbundes und der Badischen Landeswetterwarte über die Durchführung des Winterportdienstes im kommenden Winter statt. Dr. Schmitt von der Landeswetterwarte Karlsruhe behandelte die Entwicklung des wintertypischen Wetters. Seit dem Jahre 1926, wo zum erstenmal die Schneemeldungen nach einheitlichem Muster von der Bad. Landeswetterwarte entgegengenommen und weitergeleitet wurden, nahm die Zahl der berichteten Orte von Jahr zu Jahr zu, von 117 im Jahre 1926 auf 560 im Jahre 1931. Im letzten Winter meldeten also fast 22 Stationen an jedem Berichtstage über die Wetterverhältnisse für den Winterport. Der Winterportdienst war deswegen so umfangreich geworden, daß man schon im voraus Vorkehrungen treffen mußte, um die Aufnahme der Schneemeldungen in Presse und Rundfunk zu erleichtern. Für die Neuorganisation des wintertypischen Wetters lagen zu Beginn der Besprechung zwei Hauptvorstellungen vor. Man einigte sich auf eine Gemeinheitskarte der Provinz: Nach dem Vorschlag von Hotelbesitzer Schäfers sollen die Meldungen in den einzelnen Sportbezirken durch Ortswegwärtler gesammelt und gemeinsam im Ferngespräch an die Badische Landeswetterwarte übermittelt werden. Hierdurch ist einerseits eine nicht unbeträchtliche Ersparnis möglich, andererseits wird die Arbeit der Engagements der Schneemeldung bei der Badischen Landeswetterwarte erleichtert. Die Landeswetterwarte gibt für die Verbreitung im Rundfunk, die täglich im Reichsrundfunk als zusammengefaßte Allgemeinmeldung über das badische Winterportgebiet erscheint, eine textliche Übersetzung über das Winterportgebiet, der sich eine kurze Wettervorhersage angeschlossen soll. Die Veröffentlichung dieser textlichen Zusammenfassung in den Ausgabeformularen des Wetterdienstes ist allerdings in diesem Winter noch nicht möglich. Eine kurze Übersetzung soll, wie Dr. Schmitt mitteilt, auch an den Baverischen Rundfunk gegeben werden, der viele über den Kaiserlauterer Sender für unsere Pfälzer Nachbarn überträgt. Sämtliche Winter-richte schließlich an den Vertreter des Südbundes die Bitte, mit den Schneemeldungen auch die Verkehrsmittelungen allgemeiner Art über Sonderzüge und Straßenbahn für den Winterportgebiet gleichzeitig bekannt zu geben. Dr. Kauer vom Südbund begrüßte die Vereinbarung und Neuorganisation des Winterportdienstes und sprach den Wunsch aus, daß die Neuorganisation den anderen Organisationen, die Wetterberichte im Winterportdienst des Südbundes verbreiten lassen, zur einheitlichen Gestaltung des Postdienstes mitgeteilt würde.

(*) 2. Frauentag in der Ausstellung Kampf dem Krebs. Da der erste Frauentag am vergangenen Mittwoch einen ganz gewaltigen Zuspruch hatte und an diesem Tage die Ausstellung allein von über 1000 Frauen besucht wurde, wird am morgigen Mittwoch, den 21. Oktober, gleichzeitig dem Bundesentsprechende, die Ausstellung Kampf dem Krebs den 2. Frauentag veranlassen. Die Ausstellung wird an diesem Tage in der Zeit von 15 bis 20 Uhr nur für Frauen geöffnet sein und findet außer der täglichen Führung um 15 Uhr an diesem Tage noch zwei weitere Sonderführungen um 16 und 17 Uhr statt, die von Herrn Dr. med. Guisch und Frä. Dr. med. Wab übernommen werden. Auch auf den am Mittwoch, den 21. d. M., abends im Bürgeraal des Rathhauses stattfindenden letzten Vortrag der im Rahmen der Ausstellung zur Durchführung kommt, sei hingewiesen. Herr Prof. Dr. Linenmeier wird über das Thema: Unterleibkreisläufe sprechen. Dieser Vortrag ist ebenfalls nur Frauen zugänglich.

(*) Reichenlandung. Gestern nachmittag wurde unweit des Sonnenbades in Durlach von Passanten eine männliche Leiche aus der Pfütze gezogen. Der Tote konnte als ein 38 Jahre alter Schmied aus Karlsruhe identifiziert werden. Er war erst am Samstag aus dem Krankenhaus in Karlsruhe entlassen worden, wo er

Karlsruher Notgemeinschaft

Herr Oberbürgermeister Dr. Finter hatte gestern abend zu einer Besprechung über das diesjährige Programm der Karlsruher Winterhilfe in den Bürgeraal berufen. In großer Zahl wurde dem Ruf des Oberbürgermeisters gefolgt, um gemeinsam ein Programm zu beraten. In seiner Begrüßungsansprache führte der Herr Oberbürgermeister aus, daß, wie bereits der Reichskanzler ausführte, Deutschland der schlimmste Winter seit hundert Jahren bevorsteht. Die Krise, die wir in Deutschland haben, hat sich zur Weltkrise entwickelt. Nach dem Gesetz sind Staat und Gemeinde zur öffentlichen Fürsorge verpflichtet. Aber in einer Zeit der allgemeinen Not, wie in der unsrigen, reichen diese Mittel nicht mehr aus. Allein in Karlsruhe entfallen auf die öffentliche Fürsorge täglich 26 000 Mark Ausgaben, ohne den Betrag für die Erwerbslosen und Krisenunterstützung, der täglich ebenfalls 10 000 Mark ausmacht.

Bei dieser ungeheuren Notlage richtet die Notgemeinschaft an alle die eine Bütte, zu helfen, die dazu irgend noch in der Lage sind. Dieses Hilfswort zu organisieren ist Aufgabe der Karlsruher Notgemeinschaft. Weder staatlich noch parteipolitisch oder weltanschaulich gebunden, versucht die Notgemeinschaft, überall dort zu helfen, wo sie es mit ihren geringen Mitteln vermag. Als private Gesellschaft wird sie dafür Sorge getragen, daß alle Kreise gleichmäßig an diesen Gaben teilnehmen.

Ein Arbeits- und Werbeaufsicht wurde gegründet, der ähnlich wie im Vorjahre die Durchführung der Arbeit übernehmen wird. Mit einer herzlichen Bitte an die Götterbegüterte alle derer, die heute dazu noch in der Lage sind, beendete der Oberbürgermeister seine Ansprache. Herr Finter sprach im Namen sämtlicher charitativen Verbände von Karlsruhe und teilte mit, daß sich 400 Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes ehrenamtlich zur Verfügung gestellt haben zu dem Dienst für die Aufbringung der notwendigen Mittel. Das ist das grundsätzlich andere gegenüber dem Vorjahr. Aus allen Verbänden und Gemeinenschaften werden diese ehrenamtlichen Helfer

verursachen, an das sittliche Gefühl der Mitmenschen zu appellieren. Was durch ein erneutes Anziehen der Steuerachse unmöglich sein wird, soll durch diese private Aktion zutage kommen. Wie weit die Verelendung auch in Karlsruhe fortgeschritten ist, beweisen ein paar Zahlen aus der Karlsruher Fürsorgeaktivität. So betragt z. B. die

städtische Fürsorge 13 500 Fälle, die mit einem vielfachen multipliziert werden müssen, um die Zahl derer festzustellen, die durch die Fürsorge unterstützt werden müssen. Über 11 500 Erwerbslose gibt es in Karlsruhe, die Unterstützung beziehen.

Wenn die Zahl der Unterstühten zurückgeht, so steigt dafür andauernd die Zahl der Krisenunterstützungs- und der Wohlfahrtsempfänger. Angefichts dieser furchtbaren Not sollte alles getan werden, um diese Not zu bekämpfen. Bei der Sinnlosigkeit des Schicksals kann manches zu Sinnvollem führen.

Der Vizepräsident der Handelskammer Karlsruhe, Herr Müller, sprach anschließend und betonte, daß auch die Wirtschaft alles daran setzen werde, um die Kreise, die ihr jahrelang gedient haben, vor dem schlimmsten zu bewahren. Wenn im letzten Jahr mancher noch da war, der geben konnte, so sieht man ihn heute ebenfalls unter denen, die unterstützt werden müssen. Trotzdem sollen alle anderen kein Mittel unversucht lassen, um den Vermitteln der Armen zu helfen. Zu behauern ist, daß verschiedene Parteien bereits parteipolitisch eine Unterstützung in der Wege geleitet haben. Der Sinn der Unterstützung kann aber erst dann erfüllt sein, wenn die Not und nicht die Parteigehörigkeit über die Bedürftigkeit entscheidet.

Anschließend verlas der Geschäftsführer der Notgemeinschaft, Herr Regel, eine Resolution, die von allen Anwesenden gutgeheißen wurde.

Hierauf konnte der Oberbürgermeister die Besprechung schließen. Mögen nun den Worten auch Taten folgen. Die ungeheure Not weitester Kreise erfordern sie mehr denn je.

wegen eines Krennleidens in Behandlung stand. Ueber Sonntag behagte er keine Eiern in Durlach; dort äußerte er schon, daß er sich das Leben nehmen wolle. Seit Montag morgen wurde der Unglückliche vermisst.

(*) Zuerst-Trippe Frank ist da! — Vorstellung für die Arbeiterwohlfahrt. Zur Zeit gastiert die bekannte Zuerst-Trippe Frank auf dem freien Platz Ecke Weinbrenner- und Geraniensstraße. Die Leistungen der Trippe sind wirklich erstklassig zu nennen. Atmosphärische Vorstellungen, turnerische Darbietungen wechseln in schneller Reihenfolge neben erheiternden Späßen der guten Clowns und Knaute. Die Vorstellungen bieten die Selbstkünstler. Herr Frank auf dem engl. Tanzstil entzückt Jung und Alt. Der Name am Flußufer mit seinen halbbrecherigen Stützen bildet für sich eine Sensation. Auf dem hohen Zuerst-Trippe hat man bisher hier nichts Besseres gesehen, denn Kavalkaden, Kavaladen, Stühle steigen und Schmellente gebären noch heute zu den besten internationalen Selbstkünstlern. Herr Albert Frank trägt seine Tochter über das hohe Seil, wobei das Mädchen sich an den Haaren des Vaters festhält. Wunderbar fliegert der Trompeter von Sädingen vom hohen Seil, von Herrn Frank freitend auf dem hohen Seil geborgen. Die Riesenschifffahrt auf dem nahezu 100 Meter langen Seil in laufender Fahrt beschließt die Vorstellung und man atmet erleichtert auf, wenn der Künstler gut angelangt ist. Heute Dienstag gibt die Künstlertruppe eine Vorstellung zu Gunsten der Winterhilfe für die Arbeiterwohlfahrt und ist ein Besuch bestens zu empfehlen. Anfang 8 Uhr abends. Ein großes Feuerwerk auf dem hohen Seil beschließt die heutige Vorstellung.

(*) Jango, der Heilflamme. Rheumatismus, Gicht, Nias, chronische Entzündungen aller Art treten in den Wintermonaten erfahrungsgemäß häufiger auf, als im Sommer. Die davon Betroffenen empfinden das sehr schwer, weil die meisten Heilmittel im Winter geschloßen sind. Unter den vielen Kurmitteln, welche die größte Wirkung dieses Leidens in ihren Händen verzeichnen, nimmt der Eisfel-Bad die erste Stelle ein. Der Eisfel-Bad wird in der vollkommenen Eisflamme der Nähe des Bades Neuenahr gewonnen. Es ist ein merkliches Pulver von verschiedenen Silicaten (Salzen der Kieselsäure), welches mit heißem Wasser zu einem pastenartigen Brei verarbeitet und dann in einer tiefen Schicht auf den erkrankten Körper aufgetragen wird. Er bildet somit ein schammiges, sich fest an die Haut anhängendes, hervorruend wärmehaltendes Katalasmas, dessen hochbedeutende Wirkkraft zweifelslos mit durch die Kieselsäureverbindungen und dem hohen Gehalt an Radioaktivität bedingt ist. Die Therapie bedient sich dieses Heilmittels dabei seit vielen Jahren in großem Umfang. So hat sich der Jango in Krankenhäusern, in kurdischen Bädern und Sanatorien längst eingebürgert. In großen Heilbädern wie Baden-Baden und Wiesbaden gehört der Jango zu den unentbehrlichen Heilmitteln. Hier in Karlsruhe werden Jangoanwendungen von den Ärzten schon seit mehr als 30 Jahren verwendet und im Bierordbuch und Friederichsbad abgeben. Die Verabreichung erfolgt durch ärztlich geschultes Personal.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ecke Kaiserallee und Scheffelstraße wurde ein Lastwagen von einem Straßenbahnwagen angefahren. Hierbei wurden beide Fahrzeuge beschädigt. Die Berufsfeuerwehr mußte zur Beseitigung des Verkehrshindernisses beigegeben werden. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, hat der Kraftwagenführer der Straßenbahn das Vorfahrtsrecht nicht gelassen. Der Gesamtschaden beträgt mehrere tausend Mark.

In der Nähe des Rathhauses stieß ein Motorradfahrer mit einer Kraftmaschine zusammen; hierbei wurde ein auf dem Motorrad mitfahrendes Fräulein an den Beinen verletzt; ebenso wurde das Motorrad beschädigt. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Kraftwagenführer es unterlassen hat, beim Einbiegen vom Marktflay in die Säbringerstraße das vorgeschriebene Zeichen zu geben.

Am Karlsruher fuhr gestern ein Möbelwagen etwas zu stark nach rechts, so daß er das Rurbelachäude eines am Gehwegrand stehenden Lichtmastes zertrümmerte; hierdurch fürzte die Bogenlampe herunter. Der Schaden beträgt etwa 100 Mark.

(*) Zur Nachahmung empfohlen! Wie uns geschrieben wird, hat die durch ihre 1500 Filialen bekannte Firma Kaiser's Kaffeegeschäft in allen Städten, in denen sie Verkaufsstellen unterhält, für die Winterhilfe 1931/32 eine laufende monatliche Beihilfe in Form von Warenspenden zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, daß das Beispiel dieser Firma, die auch in anderen Nötszeiten, z. B. während des Krieges, durch soziale Spenden sich rühmlichst hervorhat, viele Nachahmer finden wird.

(*) Hausbettel. Durch die neue Hausbettel-Notverordnung der badischen Regierung vom 9. d. M. ist angeordnet, daß allen wandernden Personen, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch Inanspruchnahme der öffentlichen oder privaten Wohlfahrtspflege oder aus Unterstützungen gewinnen, verpflichtet sind, sich ein Wanderbettel ausstellen zu lassen und dieses stets mit sich zu führen. In dem Wanderbettel ist jede Unterstützung einzutragen. Zweifelslos wird hierdurch der Hausbettel eine starke Abnahme erfahren. Empfohlen wird, überall von den beteiligten Personen das Wanderbettelbuch sich vorweisen zu lassen.

Weiterfeld

Bezirk Weiterfeld der Sozialdemokratischen Partei. Nach langer Pause hielt der Bezirk Weiterfeld der Sozialdemokratischen Partei am letzten Samstag eine Bezirksversammlung ab. Anlaß war verschiedene anderweitige Veranstaltungen hatte der Bezirk sehr stark darunter zu leiden. Mit großem Interesse verfolgten die Genosseninnen und Genossen das Referat des Genossen Eisele über „Aus der Geschichte und Technik des Zeitungswesens“. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall verankt. Eine sehr interessante Diskussion schloß sich dem Referat an und im Schlusswort behandelte der Referent die in der Debatte vorgebrachten Fragen. Eine Ausprache über Bezirksangelegenheiten, wobei verschiedene Wünsche zum Vortrage kamen, beendete die von Gen. Schäufel geleitete Versammlung.

Daxlanden

Seibersheim. Am heutigen Tag kann unser langjähriger Abonnent Max Seibersheim mit seiner Gemahlin das 25jährige Ehejubiläum feiern. Wir gratulieren ihm aufs Herzlichste, in der Hoffnung, auch das Fünftzigste in seinen Reihen begeben zu können. W. W.

Veranstaltungen

Festkonzert. Anlaßlich des 60jährigen Bestehens, und zu Ehren des hochbetagten Ehrenchormisters, Herrn Ludwig Baumann, veranstaltet der Gesangverein Bodensa am Samstag, den 24. d. Mts., in der Städtischen Festhalle ein großartig angelegtes Festkonzert unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters (30 Künstler), der Frau Hildegard Biebert-Baumann vom Landesballet Stuttgart, Herrn Kammerleiter Rudolf Ritter vom Landesballet Stuttgart und der vier befreundeten Vereinen: Hebert-Haus-Rothelm, Cecilia Bruchsal, Harmonie Dürmersheim und Liebertranz Gagfeld (über 500 Sänger). Das Programm enthält Einzeldarstellungen des Orchesters, der Solisten und der Vereine, wie auch Chöre und Gesangsstücke. Sämtliche 15 Nummern des Programms sind Kompositionen von Herrn L. Baumann, welcher mit diesem Tage seine Eigenständigkeit abschließt. Die Deutsche Sängerkunft ist Herrn Baumann zum größten Dank verpflichtet und so wird dieses Abschiedskonzert auch zu einem Markstein werden, der die Dichterin bestätigt: „Eure deutschen Meister, dann dankt ihr gute Helfer.“ Ein Banquet im kleinen Festsaal wird den Ehrenabend beschließen, während den Tanzlustigen im großen Saale Gelegenheit zum Tanz geboten wird. Der Zeit entsprechend ist der Preis niedrig bemessen.

Dr. Roesler, der bekannte Bühnenkritiker, hat sich auf den großen Erfolg der vom Kammersängerin in Karlsruhe vor 14 Tagen und entschloßen, diesen Film-Vortrag am kommenden Freitag den 23. Oktober zu wiederholen, wiederum abends 8 Uhr im Entschaffaal. Es ist also noch einmal Gelegenheit gegeben, diesen hochinteressanten Film-Vortrag, der in der gesamten Presse ausgezeichnete Besprechungen gefunden hat, noch am Freitag zu hören bzw. zu sehen. Karten sind wiederum im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, und in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz zu haben.

Max Bauer, der berühmte Pianist und Direktor des Seibersheimer Konservatoriums, hat sich auf die Einladung der Sängerkunft in Karlsruhe entschloßen, diesen Winter wiederum in Karlsruhe einen Konzertabend zu geben, der Dienstag den 27. Oktober abends 8 Uhr im Entschaffaal stattfinden wird. Es wird von unseren Musikfreunden mit besonderer Freude begrüßt werden, daß der große Künstler, nachdem er mit seinem letzten Karlsruher Abend durch den Vortrag der vier letzten Beethoven-Sonaten jedem Besucher zum Erlebnis wurde, diesmal als Gegenstück die drei Klavierkonzerte von Brahms spielen wird, eine Zeit, die der vorliegenden nicht nachsehen wird. Der Vorverkauf beginnt heute bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, und in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz.

